

Bericht aus der Gemeinderatsitzung vom 11.10.2021

Bürgerfragestunde

Ein Bürger fragte an, wie hoch der Schadensersatz an den Investor sei, sollte die Stadt keinen Bebauungsplan aufstellen. Die Vorsitzende antwortete, dass der Schadensersatz konkret nicht in Euro, bzw. bis zu einer Obergrenze beziffert ist. Er hängt von den tatsächlich anfallenden Kosten, unter anderem für Gutachten, Planer und sonstiger denkbarer Vermögensschäden ab. Dies wäre dann gerichtlich festzustellen. Dem Bürger wurde zugesichert, dass er den Vertrag in Kopie erhält.

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

In der vergangenen Sitzung wurden keine Beschlüsse gefasst. Sie diente der Vorberatung.

Pakt und Maßnahmenpaket zum Flächenverbrauch

Die Vorsitzende wies darauf hin, dass Boden endliche Ressource ist. Die Stadt stehe somit im Zwiespalt, einerseits einer hohen Nachfrage nach Bauland gerecht zu werden, andererseits die natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen. Die Stadt ist in den vergangenen Jahren relativ schnell und stark gewachsen, was auch die Infrastruktur sowohl an die Kapazitätsgrenze bringt, etwa im Bereich Kindergärten und Schulen, als auch die Stadt an die Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit für diese neu zu schaffende Infrastruktur. Die emotionale Diskussion um den Flächennutzungsplan verdeutlichte dieses Dilemma. Grundsätzlich gibt es im Baugebiet Altblick noch einige Bauplätze, die 2021 noch verkauft werden können. Im kommenden Jahr werden 5 weitere Bauplätze im Gebiet „Am Bogen“ entstehen. Wenn sparsam mit Flächen im Außenbereich umgegangen werden soll, muss die Stadt ihre Bemühungen im Bereich der Innenentwicklung verstärken. Die Verwaltung stellte hierzu einen Sechs-Punkte-Plan vor. Demnach soll in einem ersten Schritt ein Stadtentwicklungskonzept verabschiedet werden. In diesem soll eine Zielgröße für die Einwohnerentwicklung festgelegt werden. Auf Basis dieses Zielwertes wird dann errechnet, wie viele Wohneinheiten benötigt werden. Im zweiten Schritt oder Parallel wird ein städtebaulicher Rahmenplan erstellt. Dieser zeigt innerstädtische Nachverdichtungspotenziale auf, macht deutlich, welche Grundstücke dafür Schlüsselgrundstücke sind und für welche Verkaufsfälle dann ggf. ein Vorkaufsrecht ausgeübt werden soll. Ein Einheimischenmodell bei der Bauplatzvergabe soll als drittem Punkt dafür sorgen, dass knappe Bauflächen im Sinne einer geordneten Bevölkerungsentwicklung an Personen veräußert werden, die beruflich, ehrenamtlich oder familiär einen Bezug in die Stadt haben. Die Vorsitzende machte deutlich, dass jede Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich die wirtschaftliche Existenz betroffener Landwirte verschlechtere, bzw. bedrohe. Hier hat die Stadtverwaltung bereits einen Flächenpool angeregt, mit dem diese Last auf mehrere Schultern verteilt wird. Landwirte, denen für eine mögliche Gebietsausweisung Flächen entzogen werden, sollen dafür an anderer Stelle Pachtflächen durch die Stadt erhalten. Schon bislang versucht die Stadt dafür landwirtschaftliche Grundstücke aufzukaufen. Grundsätzlich können nur in Ausnahmefällen Eigentümer verpflichtet werden, ihr Grundstück zu bebauen. Aber es gibt derartige Fälle, die besondere städtebauliche Relevanz haben. Hierfür soll zukünftig geprüft werden, ob ein Baugebot gem. § 176 BauGB in Frage kommt. Abschließend diese Bemühungen im Rahmen eines regelmäßigen Berichtswesens zu überprüfen. Der Gemeinderat zeigte sich zustimmend zum vorgeschlagenen Maßnahmenkatalog. Es wurde erörtert, ob die Möglichkeit besteht unbebaute Grundstücke höher zu besteuern (Grundsteuer C). Dies ist nach derzeitiger Rechtslage nicht möglich. Aus der Mitte des Gemeinderates wurde noch geäußert, dass für das Stadtentwicklungskonzept auch der gewerbliche Bereich nicht vergessen werden dürfe. Der Gemeinderat stimmte dem Konzept einstimmig grundsätzlich zu. Er beschloss auch, bis zur Fertigstellung der Konzepte keine weiteren Flächen des FNP zu erschließen und gab sich dafür einen Zeitraum von 1,5 Jahren.

Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes 2037

Der Flächennutzungsplan war seit Januar 2020 schon vielfach Gegenstand der Beratungen im Gemeinderat. Im Wesentlichen geht es bei der Diskussion um die Frage, wie viele Flächen dem standardisiert ermittelten Bedarf zu Grunde gelegt werden. Dabei gibt es zwei Parameter. Zum einen

die erwartete demografische Entwicklung, die angenommene Dichte der Bebauung (Einwohner/Hektar) und die durchschnittliche Größe der Wohneinheit. Für Trossingen sind dies 66,8 Hektar. In Abzug zu bringen sind die unbebauten Flächen, die bereits im FNP ausgewiesen sind, z.B. Baulücken. Dies sind 18,6 Hektar, so dass der rechnerische Bedarf bis zum Jahr 2037 48,2 Hektar beträgt. Im Jahr 2020 umfasste der erste Entwurf 62,5 Hektar neuer Flächen für Wohnen und Gewerbe für Trossingen und Schura. Im Mai 2020 verständigte sich der Gemeinderat darauf, nur 35 Hektar Fläche ausweisen zu wollen. Darin enthalten waren im wesentlichen noch Flächen nördlich der Nordrandstraße. Es sei klar, dass bestimmte Flächen bereits im Verfahren entfielen. Die Verwaltung setzte den damaligen Auftrag um und war beim Entwurf im Juni 2021 noch restriktiver – der neue Entwurf umfasste 27,47 Hektar. Hier wurde auf die Inanspruchnahme der Flächen nördlich der Nordrandstraße verzichtet und auch das Gebiet auf Nordfeld wurde deutlich verkleinert. Auch im Bereich Langwiesen und Steinen sollten Flächen entfallen. Der Gemeinderat machte deutlich, dass dieser Entwurf nicht mehrheitsfähig sei und forderte die Verwaltung zur Nachbesserung auf. Diesen Entwurf stellte die Verwaltung nun vor. Es gingen vor der Sitzung die Anträge der OGL-Fraktion ein. Hierbei wurde die Streichung des Gebietes Kesselsteig beantragt, was keine Mehrheit fand. Auch sollte der Bärenwinkel verkleinert werden. Dieser Antrag fand eine Mehrheit. Aus der Mitte der Freien-Wähler wurde der Antrag gestellt, nördlich der Nordrandstraße weitere Flächen mit einer Größe von rund 10 Hektar auszuweisen. Dieser Antrag wurde auch von Vertretern anderer Fraktionen so unterstützt und fand eine Mehrheit.

EDV-Ausstattung/ Anschaffung neuer Server

Der Gemeinderat hat beschlossen, eine Serverlandschaft im Wert von rund 39.069,98 Euro für 48 Monate zu leasen. Die zugehörige Software im Wert von 36.083,02 Euro muss gekauft werden. Die Kosten für die Installation, Datensicherung und Dokumentation belaufen sich 23.980 Euro.

Bericht zur Sanierung und Erweiterung der Stadtverwaltung

Der Gemeinderat beschäftigt sich im Rahmen einer in Kürze anstehenden Klausurtagung mit der Sanierung und Erweiterung der Stadtverwaltung. Das historische Rathaus stammt aus dem Jahr 1904, der Anbau aus dem Jahr 1980. Insbesondere der Anbau befindet sich in baulich schlechtem Zustand und weist funktionale Defizite auf. Insgesamt wurden die Räumlichkeiten geschaffen um 11.200 Einwohner im Jahr 1980 zu verwalten – heute ist die Stadt auf 17.229 Einwohner angewachsen. Entsprechende Personalstellen wurden geschaffen. Heute können nur 67 der 96 Verwaltungsmitarbeiter angemessen untergebracht werden. Teilweise wurden Räume, wie das Trauzimmer oder Abstellräume, provisorisch als Büros genutzt. Teilweise werden Mitarbeiter in die Stadtwerte ausgegliedert, was zu Reibungsverlusten und Erschwernissen bei täglichen Abläufen führt. Im Bestand gibt es Brandschutzmängel, Schwierigkeiten bei der Barrierefreiheit und auch die Einhaltung datenschutzrechtlicher Grundsätze ist an vielen Stellen aufgrund der Enge problematisch. Auch fehlt eine Zentrale als Post- und Telefonzentrale, als auch als Empfang. Das Problem ist nicht neu. Bereits seit 2014 liegt das Rathaus deswegen im Sanierungsgebiet um Zuschüsse für Sanierungen oder Erweiterungen zu erhalten. Grundsätzlich sind viele Lösungen denkbar, mit denen sich zunächst der Gemeinderat beschäftigt. Im Nachgang soll es ein Bürgerbeteiligungsverfahren geben. Der Gemeinderat nahm Kenntnis.

Bericht zur Badesaison in der Troase

Die Troase öffnete in diesem Jahr am 20. Juni für Besucher. Es war insgesamt eine schwierige Saison, die geprägt war von den pandemiebedingten Einschränkungen. Aber auch vor langen Schlechtwetterperioden und einem Unwetter, wegen dem das Bad mehrere Tage komplett schließen musste. Nur 8.057 Gäste besuchten die Troase – im Vorjahr waren es mit 19.514 mehr als doppelt so viele Gäste. Erfreulich war die Entwicklung beim Verkauf der Dauerkarten, hier wurden mit 117 Stück deutlich mehr verkauft, als im vergangenen Jahr. Insgesamt wird auch der Abmangel für das Bad spürbar höher ausfallen, als im Vorjahr. Diskutiert wurden bei diesem Tagesordnungspunkt auch noch der Pflegezustand des Bades, der in der abgelaufenen Saison nicht optimal war. Auch gab der Gemeinderat zu bedenken bei Abendveranstaltungen doch die Toilettensituation zu verbessern.

Verrichtung der Notdurft auf den Liegeflächen sei nicht hinnehmbar. Der Gemeinderat nahm Kenntnis.

Geschäftsbericht 2020 des Eigenbetriebs Wasser und Abwasser

Der Geschäftsführer der SWTro und EnTro, Herr Bauer, erläuterte den Geschäftsbericht. Das Wirtschaftsjahr 2020 schließt mit einem Fehlbetrag von 9.628,36 Euro. Gewinne und Verluste sind im Bereich Wasser und Abwasser in einem Zeitraum von 5 Jahren auszugleichen. Insgesamt hat die Stadt 824.000 m³ an Frischwasser bezogen und 796.000 Euro an Wasser abgegeben. Der Pro-Kopf-Verbrauch stieg um 1,6 % auf 127 l, was sicherlich auch der langen Trockenperiode zuzuschreiben ist. Letztmalig wurden die Gebühren für Wasser und Abwasser im Jahr 2013 erhöht.

Antrag der SGT und der OGL

Die beiden Fraktionen stellten einen Antrag auf Beitritt zu dem Bündnis Mayors for Peace. Die Vorsitzende erklärte, dass Sie das Vorhaben unterstützte. Aus formalen Gründen sei der Beschluss jedoch erst in der kommenden Sitzung möglich.